

Ein geschichtsträchtiger Berliner Bezirk im Wandel der Zeiten

Weinroter Prenzlauer Berg?

Allein im Norden Berlins gibt es über zwanzig Gruppen junger Arbeiter, Erwerbsloser, Lehrlinge, Schüler und Studenten, die sich in lockerem Verbund mehr oder weniger regelmäßig treffen, um politische Debatten zu führen und sich den Nazis auch auf der Straße entgegenzustellen. Vor geraumer Zeit lernte unser damals schon hochbetagter und inzwischen leider verstorbener Genosse Georg Dorn, ein erfahrener Pädagoge der DDR, solche jungen Leute kennen, die sich in der Kultur- und Schankwirtschaft „BAIZ“ zu treffen pflegten. Sie gaben ihrer Gruppe den Namen „Antifaschistische Initiative Weinroter Prenzlauer Berg“. Man faßte Vertrauen zueinander: Schorsch, wie er genannt wurde, nahm seine Gesprächspartner ernst und stand ihnen immer wieder Rede und Antwort. Daraus entwickelte sich mit der Zeit ein Vertrauensverhältnis. Warum nannten sie ihr Projekt eigentlich „weinrot“?

Der Prenzlauer Berg (PB) ist einer der ältesten und traditionsreichsten Berliner Arbeiterbezirke, auch wenn seit 1990 in großen Scharen dorthin übersiedelnde Zuwanderer aus dem Westen bestrebt sind, daraus ein „Szeneviertel“ zu machen. Natürlich ist das nicht ohne Ergebnisse geblieben, wobei der gewandelte PB seine einstige Farbe keineswegs ganz verloren hat.

Dessen fortschrittliche Traditionen reichen weit zurück. Schon in der Revolution von 1848 schufen sich Arbeiter ihre erste große Kundgebungsstätte dort, wo sich heute der Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark befindet. Von Beginn an war der ganze PB ein durch und durch proletarisches Wohngebiet und zugleich ein Aktionsfeld der revolutionären Arbeiterbewegung.

Die während der Gründerjahre ab 1871 dort massenhaft errichteten Mietskasernen dienten der Unterbringung von einer rasch wachsenden Industrie benötigter Arbeitermassen. So entstanden vier- bis fünfgeschossige Gebäude mit jeweils zwei, drei oder mehr Hinterhöfen, alles dicht an dicht.

Nach 1945 galt der PB als letztes noch vorhandenes Mietskasernenviertel in Europa. Die Einwohnerkonzentration war enorm. 1925 lebten hier 326 000 Menschen auf einer Fläche von nur 10,8 km², 1949 waren es immer noch 251 000. Über 80 % der Wohnungen besaßen weder Bad noch Dusche. Die Toiletten ohne Wasserspülung befanden sich auf Hinterhöfen oder Treppensätzen unterhalb der Wohnungen.

Im PB spielten sich erbitterte Klassenschlachten ab, fanden denkwürdige Meetings der Berliner Arbeiter statt. Zu ihnen sprachen August Bebel und der PB-Reichstagsabgeordnete Wilhelm Liebknecht, der dort im Wahlkreis VI bis zu seinem Lebensende unangefochten blieb. Von

einer im Bezirk gelegenen Brauerei aus leitete Karl Liebknecht die Abwehrkämpfe der Proletarier Berlins in den schicksalsschweren Dezember- und Januartagen 1918/19. Im Saalbau sprachen Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck, entlarvte Walter Ulbricht auf einer Naziversammlung die



Wilhelm Liebknecht zog für die alte SPD immer wieder als im Prenzlauer Berg gewählter Abgeordneter in den Reichstag ein.

Demagogie des faschistischen Propagandachefs Joseph Goebbels, was den Terror der paramilitärischen SA-Schläger auslöste. Im PB wurde die Ortsgruppe Berlin des Roten Frontkämpferbundes gegründet. Hier weihten die Roten Jungpioniere ihren ersten Berliner Klub für Arbeiterkinder ein.

1932 gehörten der KPD im Prenzlauer Berg etwa 3500 Genossen an, während die SPD 7000 Mitglieder zählte. Noch im März 1933 – kurz nach der Machtauslieferung an die Faschisten – entschieden sich 44 641 Einwohner für die KPD-Liste, während die SPD dort 50 770 Stimmen einfuhr. Zusammen verfügten beide Arbeiterparteien über eine solide Mehrheit, zumal auf Hitlers NSDAP nur 34,1 % des Votums entfallen waren. Dennoch kam es nicht zur Aktionseinheit. Den braunen Terror der zwölfjährigen Nazidiktatur überlebten etwa 900 Mitglieder beider Parteien. Die Antifaschisten hatten nicht kapituliert. Während die SA-Leute in den Kellern des Wasserturms ein KZ einrichteten, in dem sie ihre Opfer folterten und mordeten, wehte eines Tages auf der Spitze des Turms eine rote Fahne mit Hammer und Sichel. Auf einem Spruchband standen die Worte: „Antifaschistische Aktion – her zu uns!“ 35 Gedenktafeln wurden zu DDR-Zeiten im Prenzlauer Berg für Helden des Widerstandes angebracht, 41 Straßen nach ihnen benannt.

„Fichte“-Sportler vom PB unterhielten seit Ende der 20er Jahre Freundschaftsbeziehungen zu Arbeiter-Sportsleuten im sowjetischen Stahlwerk Saporoschje. Ein rotes Seidenbanner, das einige von ihnen dort in Empfang genommen hatten, überstand Haussuchungen, Leibesvisitationen und Gepäckkontrollen der Faschisten. In einer Laubenkolonie illegal lebende Genossen übergaben die Fahne am 22. April 1945 den Befreier des PB.

In den ersten Maitagen hatten die sowjetischen Truppen den gesamten Stadtbezirk von den Hitlerfaschisten gesäubert. Noch kurz zuvor – am 2. Mai – war der sozialdemokratische Arbeiter Otto Schieritz, der am Balkon seiner Wohnung eine weiße Fahne gehißt hatte, von SS-Angehörigen umgebracht worden. Doch schon tags darauf öffnete ein anderer Sozialdemokrat, der Genosse Franz Kallin – vor 1933 Betriebsratsvorsitzender bei Aschinger – mit einigen seiner Kollegen den Rotarmisten die Tore zur Großbäckerei. Im April 1946 gehörte er zu den Delegierten des historischen Vereinigungsparteitages von SPD und KPD. Später war er Direktor der volkseigenen Brotfabrik „Aktivist“.

Durch die Kriegsfolgen wurde ein Fünftel aller Wohnungen im PB zerstört, der Rest überwiegend schwer beschädigt. Von den Schulgebäuden blieben nur drei unversehrt. Kurz vor Beendigung der Kampfhandlungen hatte die SS noch ganze Wohnviertel niedergebrannt, um sich „Schulfreiheit“ gegen die anrückenden sowjetischen Verbände zu verschaffen. Dieses Gebiet hieß anschließend „tote Stadt“. Erst als Jugend- und Lehrlingsbrigaden des VEB Bau in den 50er Jahren dort neue Wohnhäuser errichteten, wurde daraus allmählich die „grüne Stadt“.

Schon am 27. April 1945 hatten sich Antifaschisten in einem Lokal der heutigen Paul-Robeson-Straße getroffen. Am 3. Mai bildete sich eine parteiübergreifende provisorische Leitung aus Kommunisten, Sozialdemokraten und damals noch Parteilos. Genossen der KPD und der SPD gründeten Initiativgruppen zur Normalisierung des Lebens in den einzelnen Vierteln. Man begann damit, die Häuser wieder bewohnbar zu machen, eine elementare Versorgung der Bevölkerung aufzunehmen, die Kinderspeisung einzuführen und mit Tausenden „Neulehrern“ ohne entsprechende Ausbildung den Schulunterricht zu wagen. Brennmaterial für den Winter wurde beschafft. Das neue Bezirksamt nahm mit Kommunisten und Sozialdemokraten an der Spitze die Arbeit auf.

Am 5. April 1946 schufen 8800 KPD- und 6880 SPD-Genossen im Prenzlauer Berg durch ihren Zusammenschluß den ersten Berliner Kreisverband der SED. Bewährten Antifaschisten vertraute man nun die Schlüsselpositionen im Staatsapparat

und in den schon nicht mehr kapitalistischen Betrieben an. So wurde die aus dem KZ Ravensbrück befreite Kommunistin Aenne Saefkow – Witwe eines hingerichteten Widerstandshelden – Bürgermeisterin im PB. Franz Fischer, ein Mitkämpfer Ernst Thälmanns, trat als 1. Kreissekretär an die Spitze der SED. Andere Überlebende des antifaschistischen Untergrunds organisierten die Produktion, engagierten sich führend beim Aufbau der Großindustrie oder übernahmen Aufgaben bei der Schaffung neuer Sicherheitsorgane.

Die evangelische und die katholische Kirche im Stadtbezirk sowie die jüdische Synagoge mit Rabbiner Martin Riesenburger scharten zu einem Neuanfang bereite Gläubige um sich. Im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen herrschte eine Atmosphäre kameradschaftlicher Zusammenarbeit. Das war die Gewähr für ein Gelingen der revolutionären Umwälzungen in Industrie, Landwirtschaft, Justiz und Bildungswesen, die am 7. Oktober 1949 in der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik gipfelten.

Doch der 1952 begonnene Aufbau des Sozialismus stieß auf heftigen Widerstand innerer und äußerer Feinde. Am 17. Juni 1953 mußten wir auch im PB unsere volkseigenen Betriebe gegen den konterrevolutionären Putschversuch handfest verteidigen. Während ihn die Werktätigen abwehrten, stellten sie zugleich hartnäckig Fragen zu jenen ersten Fehlern, welche durch uns vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik begangen worden waren. Aber trotz der Empörung über administrative Normerhöhungen – ein Schritt, der ab 9. Juni korrigiert wurde – kam die Produktion in den Betrieben des PB nicht zum Erliegen. Im August 1961 sicherten wir unsere bis dahin offene Staatsgrenze zu Westberlin. Das brachte besonders für die Bewohner der Häuser im Grenzstreifen unerfreuliche Erschwernisse mit sich. Und: Etliche, die bis dahin bei uns billig gewohnt und gelebt, aber „drüben“ gearbeitet und zu einem Schwindelkurs konvertierbares Westgeld verdient hatten, mußten jetzt im Osten zu Normalbedingungen tätig sein. Verwandtenbesuche von Ost nach West und umgekehrt waren zeitweilig gar nicht, später mit deutlichen Einschränkungen möglich. Dennoch wurde die Tatsache, daß der unfaire Abkauf unserer Warenbestände und die Inanspruchnahme extrem billiger Dienstleistungen durch Einwohner Westberlins ein Ende gefunden hatten, von sehr vielen Menschen honoriert. Es ging nun zügiger voran.

In den vier Jahrzehnten der DDR veränderte unser Stadtbezirk gründlich sein Gesicht. Neue Werke der Elektrotechnik und Elektronik sowie des Anlagenbaus siedelten sich im PB an. Neubaugebiete für

mindestens 15 000 Einwohner des Stadtbezirks wurden buchstäblich aus dem Boden gestampft. Zu unserem besonderen Stolz gehörte das großzügige Wohnensemble des Thälmannparks, in dessen Zentrum sich das inzwischen heiß umkämpfte und von Reaktionären ständig bedrohte Denk-



Das Thälmann-Denkmal gehört zum PB.

mal des unvergessenen Arbeiterführers befindet.

Auch im Altbauviertel erfolgte die Modernisierung zahlreicher Wohnungen oder die Rekonstruktion von Gebäuden im historischen Stil. Andererseits gab es auf diesem Gebiet ernste Defizite, die keineswegs kurzfristig behoben werden konnten. Hervorragend ausgestattete Schulen, Kindererrichtungen, Kaufhallen, Heime für alte Menschen, Volksschwimmhallen sowie ein Planetarium kontrastierten damit.

Trotz aller Erfolge kam die DDR aus äußeren wie auch aus inneren Gründen zu Fall und wurde 1990 von der BRD annektiert, was man als „Wiedervereinigung“ auszugeben versucht. Über weitere Ursachen dieser Niederlage muß mit großer Redlichkeit nachgedacht werden.

1989/90 wurde der beste Staat in der deutschen Geschichte durch die Konterrevolution zu Fall gebracht. Nicht wenige DDR-Bürger gaben den Sozialismus preis, da bei ihnen neben der permanenten Gehirnwäsche durch die Medien des Kapitals auch die realitätsferne schönfärbische Berichterstattung der eigenen Zeitungen und Sender Frustration hervorgerufen hatte. Der eingetretene Vertrauensverlust bewirkte vor allem auch, daß die SED ihre führende Rolle in Staat und Gesellschaft einbüßte. Aussprachen in Betrieben, bei denen wir uns als Parteifunktionäre den kritischen Fragen der Kollegen nicht entzogen, liefen oftmals voller Bitterkeit ab. Zugleich setzte eine vom Klassengegner gezielt hineingetragene Pseudokampagne gegen tatsächlichen oder erfundenen „Machtmißbrauch“ und „Privilegien“ ein. Damals grüßten uns manche nicht mehr. Das ist insofern aufschlußreich, weil uns viele der Betroffenen später wieder ganz anders gegenübertraten. Begegnet man jenen, welche sich in kritischen Tagen bisweilen schroff von uns abwandten, heute erneut, dann ist nicht selten die alte Vertrautheit wieder vorhanden. Nicht wenige von ihnen erzählen freimütig von ihrem Mißgeschick, machen aus ihrer

Enttäuschung über die Wirklichkeit des Kapitalismus kein Hehl, den sie zunächst – der allgemeinen Sprachregelung folgend – als „Wende“ betrachtet und begrüßt hatten. Sie hätten die DDR nicht „weghaben wollen“, sagen sie jetzt. Sie hätten die Illusion gehegt, sämtliche Errungenschaften

des Sozialismus behalten und zugleich die „Sonnenseiten“ der westdeutschen Konsumgesellschaft genießen zu können.

So ist es sicher kein Zufall, daß 2009 im Wahlkreis 77, zu dem der größte Teil des PB gehört, 28,8% der Abstimmenden für den Bundestags-Direktkandidaten der Partei Die Linke votierten, während 27,5% der Zweitstimmen auf diese Liste entfielen.

In den Vierteln unseres Stadtbezirks hat sich in den letzten Jahren vieles stark verändert.

Inzwischen gibt es dort keine

nennenswerte Industrie mehr, statt dessen aber unzählige Handels- und Dienstleistungseinrichtungen. Auch die soziale und Altersstruktur war diesen Umwälzungen unterworfen. So fragt sich, ob der Prenzlauer Berg unter Berücksichtigung seiner historischen Traditionen eines Tages wieder als rot oder zumindest weinrot bezeichnet werden kann, wofür sich die jungen Leute um Georg Dorn, von denen am Beginn dieses Berichts die Rede war, engagiert haben. Man sollte die Hoffnung nicht aufgeben.

Dr. Ernst Heinz

Unser Autor war viele Jahre 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Prenzlauer Berg und danach Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin. Nach der Gründung des „RotFuchs“-Fördervereins im Jahre 2001 wurde der bewährte Marxist – er gehörte der Partei Die Linke an – Vorsitzender der Berliner RF-Regionalgruppe.

An dieser Stelle wollten wir unserem lieben und vielfach bewährten Genossen

Dr. Ernst Heinz

zu seinem 80. Geburtstag gratulieren. Da erreichte uns die traurige Nachricht von seinem plötzlichen Tod am 2. Juli.

Ernst wurde wie seine am 1. Februar 2013 dort zur letzten Ruhe gebettete Helga auf dem Auferstehungsfriedhof in Berlin-Weißensee beigesetzt.

Er war einer der Treuesten unter den Treuen und einer der Bescheidensten unter den Bescheidenen. Was er geleistet hat, widerspiegelt nicht zuletzt sein Artikel.

Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins und Redaktion des RF

Der Bülowplatz-Prozeß war der Auftakt zur Abrechnung mit der KPD

Warum Ernst Thälmann nicht vor Gericht gestellt wurde

Am 28. Februar 1933, kurz nach 21 Uhr, brannte der Reichstag. Von den Führern der Nazi-Partei – Hitler, Goebbels und Göring – wurden sofort die Kommunisten bezichtigt, ihn angesteckt zu haben. Der Polizei-Funkdienst hatte schon um 18.33 Uhr (!) einen Spruch abgesetzt, in dem die Festnahme führender Mitglieder der KPD angeordnet wurde: Ernst Thälmann, Franz Dahlem, Paul Langner, Hermann Remmele, Fritz Becker, Helene Overlach, Frieda Krüger, Arthur Gohlke, Oskar Pötsch, Wilhelm Hein, Wilhelm Pieck und Wilhelm Florin. Nachdem Ernst Thälmann am 3. März verhaftet worden war, bereitete die Berliner Staatsanwaltschaft einen Prozeß gegen ihn vor. Trotz aller Bemühungen mußte der Oberstaatsanwalt am Reichsgericht Leipzig Floegel, zuständig für „die beiden wichtigen Sachen gegen Schneller und Thälmann“, in einem Schreiben an Landgerichtsdirektor Braune (Berlin) vom 7. Juli 1933 feststellen, daß „noch wenig oder gar kein beweisbares Material über die eigentliche und Haupttätigkeit des Angeeschuldigten als Führer der KPD und über seine Verantwortung für alle unter seiner Leitung begangenen Verbrechen“ vorhanden sei. „Wir hätten deshalb gern von Ihnen erfahren, ob solches Material bereits vorliegt oder wie es am zweckmäßigsten erbracht werden kann.“

Bereits am 21. Juli 1933 hatte die Kriminalpolizei Berlin „belastbares Material“ gefunden. „wegen Beteiligung an der Ermordung der Polizeioffiziere Anlauf und Lenk im August 1931“ würden gesucht: Heinz Neumann, Albert Kuntz, Wilhelm Peschki, Herbert Dobersalzke und Willi Becker.

Am 13. September 1931 wurde von der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung gegen Albert Kuntz beantragt. Zu diesem Zeitpunkt lief gegen ihn und Walter Fisch ein Gerichtsverfahren. Obwohl er am 15. September freigesprochen wurde, ließ man ihn nicht, weil gegen ihn „eine Sache wegen Mordes“ in Berlin schwebte. Am 28. September 1933 kam Albert Kuntz in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit. Er war in die Stadt zurückgekehrt, in der er von Juni 1930 bis Mai 1932 als Org.-Sekretär der KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark am Kampf seiner Partei gegen den zur Macht drängenden Faschismus teilgenommen hatte.

Der Mordanklage gegen Albert Kuntz lagen die Ereignisse des 9. August 1931 auf dem Berliner Bülowplatz (heute Rosa-Luxemburg-Platz) zugrunde. Am Tag des Volksentscheids für die Auflösung des Preußischen Landtags hatten sich viele Arbeiter vor dem Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz der Parteiführung und der

Bezirksleitung der KPD, eingefunden, um die Ergebnisse zu erfahren. Bei einem von der Polizei vor dem Kino Babylon provozierten Zusammenstoß wurden zwei ihrer Offiziere getötet.

Der nun einsetzenden Hetze gegen Kommunisten erlagen selbst jene liberalen Blätter, welche sich sonst noch ein gewisses Maß an Objektivität bewahrt hatten, konstatierte Carl von Ossietzky in der „Welt-



Grafik: Arno Fleischer

bühne“. Justiz und Polizei wandten nicht wenig Mühe auf, um der KPD den Tod der beiden Offiziere anzulasten und die Führung der Partei unter Thälmann der Anstiftung zu terroristischen Aktionen gegen den Staat zu beschuldigen. Nach umfangreichen Untersuchungen mußte die Justiz der Weimarer Republik aber auf eine Anklageerhebung verzichten.

Im Jahr nach der Machtauslieferung an die Hitlerfaschisten wurde der Bülowplatz-Fall wieder aufgenommen. Am 16. März 1934 eröffnete der Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin gegen 15 Angeklagte das Hauptverfahren. Die politische Absicht dieser Justizfarce war offenkundig. War es den Faschisten im Reichstagsbrandprozeß nicht gelungen, die KPD als eine Bande politischer Luntener zu diskreditieren, so sollte mit der Verurteilung von Albert Kuntz und anderer Kommunisten nun die deutsche und internationale Öffentlichkeit davon überzeugt werden, daß Thälmanns KPD terroristische Aktionen gegen politische Gegner befohlen und Mordbefehle erteilt hatte.

Die Baseler „Rundschau“ warnte bereits am 31. Mai 1934 vor der Absicht der Faschisten, Ernst Thälmann in den Bülowplatz-Prozeß zu verstricken, um auch gegen ihn eine Mordanklage erheben zu

können. Deshalb komme diesem Verfahren eine prinzipiellere Bedeutung als allen bisherigen Prozessen gegen Kommunisten zu. Diese wurden – in der Wortwahl der faschistischen Staatsanwälte – gegen „Täter“ oder direkte Teilnehmer an „Überfällen“ eingeleitet. Am Ende standen Blurteile. „Im Prozeß gegen Albert Kuntz und Genossen richtet sich die Anklage gegen den politisch verantwortlichen Funktionär ... der Berliner Bezirksleitung, der für die Zusammenstöße und deren Folgen direkt zur Rechenschaft gezogen wird. Gelingt es, den Genossen Kuntz dem Henker zu überliefern, dann wird nicht einfach ein Unschuldiger mehr grausam ermordet, sondern es wird damit zugleich gegen Tausende und Abertausende Mitglieder der KPD das Todesurteil gesprochen, vor allem aber gegen den Führer der Partei, der ... für alle Opfer verantwortlich gemacht werden soll, die es bei der Abwehr des polizeilichen und faschistischen Terrors gegeben hat.“

Angesichts der Bedeutung des Prozesses tagte in Paris der „Untersuchungsausschuß zur Aufklärung und Verhinderung der Greuel in Hitlerdeutschland“ seit dem 6. Juni 1934 in Permanenz. In einem Telegramm an den Vorsitzenden des Moabiter Schwurgerichts stellte das Gremium fest, daß es in der bisherigen Rechtsprechung noch nie einen Prozeß gegeben habe, bei dem „Menschen, die in keiner Beziehung zur Tat stehen, unmittelbar des Mordes angeklagt werden, als ob sie die Tat selbst begangen hätten ... Wir müssen daher den Prozeß gegen Albert Kuntz und die 14 Arbeiter als Manöver auffassen, das die theoretische und praktische Grundlage zur Aburteilung Ernst Thälmanns schaffen soll.“ Der Ausschuß folgte, daß die faschistische Justiz dabei sei, „eine ungeheuerliche Rechtsprechung zu konstruieren, welche die ‚intellektuelle Urheberschaft‘ einführt, um sie in der Folge ... vor allem auf Ernst Thälmann anzuwenden“.

Der Bülowplatz-Prozeß begann am 14. Juni 1934 vor dem Schwurgericht in Berlin-Moabit und dauerte zehn Verhandlungstage. Er wurde als „öffentliches Verfahren“ vor etwa 40 sorgfältig ausgewählten Zuhörern mit Einlaßkarte geführt. Angeklagt waren Albert Kuntz und 14 Genossen, die als Wachschutz im Karl-Liebknecht-Haus gearbeitet oder dem Parteiselbstschutz angehört hatten. Die Behauptung des Staatsanwalts, die KPD-Führung habe einen Plan zur Ermordung der beiden Polizeioffiziere ausgearbeitet, und Kommunisten hätten ihn nach seinen Anweisungen vollzogen, wies Albert Kuntz energisch zurück. „Es handelt sich darum, die Politik der Kommunistischen

Partei zu kompromittieren und durch diesen angeblichen Präzedenzfall zu beweisen, daß sie ... eine Partei des Terrors ist.“ Die Angeklagten mußten weitgehend auf Entlastungszeugen verzichten, da jeder von ihnen Benannte unweigerlich in das Räderwerk der faschistischen Terrororgane zu geraten drohte. Eugen Schönhaar konnte als Zeuge nicht vernommen werden, da man ihn bereits „auf der Flucht erschossen“ hatte. Albert Kuntz beantragte auch die Vorladung Thälmanns als Zeuge dafür, daß die Partei unter seiner Führung grundsätzlich Methoden des individuellen Terrors abgelehnt habe. Der KPD-Vorsitzende war zur Aussage bereit, zumal er dadurch eine Gelegenheit erhalten hätte, den gegen ihn erhobenen Anklagepunkt bereits im Vorfeld des vorbereiteten Hochverratsprozesses zu entkräften. Die faschistische Justiz wagte es weder, diesem Antrag stattzugeben noch ihn öffentlich abzulehnen, sondern nötigte die Verteidigung zu dessen Rücknahme. Entlastet wurde Albert Kuntz durch eine eidesstaatliche Erklärung des dänischen Journalisten Broby-Johansen, der bezeugte, daß der leitende KPD-Funktionär am 8. August 1931 gar nicht im Karl-Liebknecht-Haus gewesen sein konnte, da er ihm an diesem Tag die Arbeiterviertel Berlins gezeigt habe. Damit war der Anklage-Kronzeuge des Meineids überführt. Der hatte nämlich behauptet, an diesem Tag im Beisein von Albert Kuntz durch Hans Kippenberger den Mordauftrag erhalten zu haben. In seinem Schlußwort forderte Kuntz für sich und seine Mitangeklagten Freispruch, auf den sie alle angesichts der Ergebnisse der Verhandlung ein Anrecht hätten.

Das Verfahren gegen Albert Kuntz wurde eingestellt. Michael Klause, Max Matern und Friedrich Broede erhielten Todesstrafen, obwohl keiner von ihnen nachweislich am Tatort gewesen war. Klause wurde am 2. Mai 1935 begnadigt, sein Todesurteil in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Hitler übernahm zur Begründung des Gnadenaktes die Argumente des Untersuchungsrichters. Der hatte hervorgehoben, Klause habe nicht nur ein „umfassendes Geständnis“ abgelegt, sondern auch „in umfangreicher Weise die inneren Zusammenhänge in der KPD, soweit sie Terrorakte betreffen, aufgedeckt und wertvolle Angaben in dieser Richtung, auch über bisher unbekanntes oder nur ihrem Spitznamen nach bekannte Personen gemacht“.

Sofort nach Bekanntwerden der Todesurteile erhoben das Welthilfskomitee sowie das französische Hilfskomitee Protest. Diesem schlossen sich namhafte Gelehrte und Schriftsteller Frankreichs an.

Noch am 19. Juni 1934 – dem Tag der Urteilsverkündung – trat in Paris die Juristenkommission für den Thälmannprozess zusammen. Ihr gehörten etliche renommierte Strafverteidiger an. Nach

Auswertung aller vorliegenden Dokumente über den Justizterror in Nazideutschland sowie unter Berücksichtigung des gerade beendeten Bülowplatz-Prozesses konstatierte das Gremium: „1. Es ist eindeutig, daß Ernst Thälmann weder durch einen deutschen noch durch einen ausländischen Verteidiger seiner Wahl unterstützt wer-



Albert Kuntz (1. v. l.) mit Walter Ulbricht, John Schehr und Erich Weinert am 24. August 1930 auf einer KPD-Kundgebung vor 80 000 Teilnehmern im Stadion von Berlin-Neukölln

den kann, wodurch ihm die Mittel einer juristischen Verteidigung genommen sind.

2. Die Anklage gegen Thälmann stützt sich auf die ungeheuerliche Bestimmung einer ‚moralischen Schuld‘ oder ‚intellektuellen Verantwortung‘. Danach soll ihm die Schuld an allen von SA und Polizei provozierten Zusammenstößen beigemessen werden, ganz gleich, ob die Täter und Teilnehmer identifiziert werden konnten oder nicht, ob sie in berechtigter Notwehr gehandelt haben oder nicht.“

Die Faschisten maßten dem Bülowplatz-Prozeß und der dort verfolgten Absicht, eine Verurteilung von Albert Kuntz zu erreichen, einen besonderen Stellenwert zu. In einem Gestapo-Dokument vom 20. Juni 1934 hieß es dazu: „Nach nochmaliger eingehender Prüfung wird infolge der bisherigen staatsfeindlichen Tätigkeit seit dem Jahre 1925 und da Kuntz Landtagsabgeordneter war, eine Aufhebung der Schutzhaft nicht befürwortet. Kuntz kommt außerdem als Zeuge in dem demnächst stattfindenden Hochverratsprozeß gegen den KPD-Führer Ernst Thälmann in Frage.“

Alarmiert durch die faschistische „Deutsche Wochenschau“, die im Mai 1934 den Prozeß gegen Thälmann vor dem gerade gebildeten „Volksgerichtshof“ schon „für die nächste Zeit“ angekündigt hatte, sowie angesichts der im Bülowplatz-Prozeß verhängten Todesurteile schlug das Welthilfskomitee vor, am 2. Juli 1934 in New York dem Terrorregime der Nazis einen Prozeß zu machen – in Anlehnung an den Londoner Gegenprozeß zum Leipziger Reichstagsbrand-Prozeß.

Einem daraufhin gebildeten Untersuchungsausschuß gehörten namhafteste

Anwälte aus den USA an. Den Vorsitz übernahm der 77jährige Clarence S. Darrow. In einer Reihe aufsehenerregender Strafverfahren hatte er bekannte Führer der amerikanischen Arbeiterbewegung wie Eugene Debs verteidigt. Auch „Big Bill“ Haywood und dessen Mitstreiter gehörten im gegen sie angezettelten Mordprozeß zu seinen Mandanten. 1925 war Darrow Hauptverteidiger in dem international stark beachteten „Affenprozeß“ gegen Verfechter der Darwinschen Evolutionslehre. Auch Arthur G. Hays, der Verteidiger von Sacco und Vanzetti, der bereits im Londoner Gegenprozeß 1933 aufgetreten war, gehörte zum New Yorker Team.

Am 15. März 1935 wurde Ernst Thälmann eine Anklageschrift zugestellt. Doch bis zum Ende jenes Jahres zeigte sich, daß die faschistische Justiz einen formellen Prozeß gegen ihn nicht wagte. Dennoch behielt sie den KPD-Vorsitzenden „für alle Fälle“ noch bis zum 13. August 1937 im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit, damit er „der Justiz zur Verfügung“ stehe. Die Vermutung liegt nahe, daß diese in ihrer Beweisnot gegen Thälmann noch einmal versuchen

wollte, das im Bülowplatz-Prozeß lediglich eingestellte Verfahren gegen Albert Kuntz mit gleicher Zielsetzung wie 1934 wieder aufzurollen.

Erich Wichert, der als Mitangeklagter von Albert Kuntz 15 Jahre Zuchthaus erhalten hatte, erinnerte sich, daß er und andere damals Verurteilte 1936 ein weiteres Mal im Sinne der ursprünglichen Anklage vernommen worden ist. Die Nazis hatten offensichtlich die Hoffnung noch immer nicht aufgegeben, mit Hilfe damals verurteilter Kommunisten doch noch einen Schuldspruch gegen Albert Kuntz zu erzwingen, um auch Thälmann dadurch schwer belasten zu können. Doch keiner der Verurteilten wurde zum Verräter, so daß auch dieser neuerliche Angriff der faschistischen Justiz ins Leere stieß.

Im August 1937 wurde Thälmann in das Gefängnis Hannover, im August 1943 in das Zuchthaus Bautzen verlegt. Am 18. August 1944 ermordeten ihn die Faschisten im KZ Buchenwald.

Auch Albert Kuntz erlangte die Freiheit nicht wieder. Wohin ihn die Faschisten in den folgenden elf Jahren ihrer Diktatur auch verschleppten – in das KZ Lichtenburg, das Zuchthaus Kassel-Wehlheiden, die Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora – überall blieb er Funktionär seiner Partei. Er organisierte die Kommunisten unter den Bedingungen strengster Illegalität zum Widerstand gegen das Zuchthausregime und den SS-Terror.

Im Dezember 1944 wurde Albert Kuntz im KZ Mittelbau-Dora verhaftet und in der Nacht vom 22. zum 23. Januar 1945 von den Faschisten ermordet.

Dr. Leopoldine Kuntz, Zernsdorf